

Pressemitteilung

Mehr vernünftige Politik wagen: Oppositionsfraktionen ziehen Antrag gegen ökonomische Bildung zurück

Auch zur politischen Bildung wird das Schulfach Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen einen unverzichtbaren Beitrag leisten

Düsseldorf, 04.07.2019 – Unter dem irreführenden Titel „Mehr Demokratie wagen“ haben die NRW-Landtagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versucht, die von der Landesregierung eingeleitete Stärkung der ökonomischen Bildung zu torpedieren. Da die Koalition jedoch unbeirrt an ihrem Ziel festhält, das Schulfach Wirtschaft-Politik bereits ab dem kommenden Schuljahr einzuführen, wurde der Antrag der Oppositionsfraktionen nun ohne Abstimmung zurückgezogen.

Hauptgegenstand des Antrags war die Aufforderung, die im Koalitionsvertrag zugesagte Einführung des Schulfachs Wirtschaft und die bereits im November vorgestellten Pläne zur Änderung der Stundentafeln nicht mehr weiter zu verfolgen. Stattdessen sollten Maßnahmen zur Stärkung der Demokratiebildung und zur Ausbildung „demokratischer Kompetenzen“ ergriffen werden.

Dazu bdvb-Präsident **Malcolm Schauf**, Professor für allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der FOM Hochschule Düsseldorf: „Zumindest im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik bedeutet Demokratiekompetenz in Deutschland auch, dass die Verantwortung des Individuums in der sozialen Marktwirtschaft reflektiert werden muss. Deswegen ist politische Bildung ohne ein solides Basiswissen über unsere Wirtschaftsordnung gar nicht denkbar. Ich kann beim besten Willen nicht nachvollziehen, warum diese Selbstverständlichkeit in Nordrhein-Westfalen – und nur hier – immer wieder in Frage gestellt wird.“

„Mit dem geplanten Integrationsfach Wirtschaft-Politik hat NRW genau den richtigen Mittelweg gefunden, um einerseits dem eklatanten Mangel an ökonomischer Allgemeinbildung entgegenzutreten, gleichzeitig aber auch dem Anliegen der politischen Bildung Rechnung zu tragen“, so Schauf weiter. „Dass über diesen, von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft akzeptierten und gewollten Mittelweg nun keine Kampf Abstimmung mehr erfolgen muss, ist ein gutes und richtiges Signal an unsere Lehrerinnen und Lehrer.“

Bereits anlässlich der Expertenanhörung zum Antrag der NRW-Oppositionsfraktionen am 13.3. hatte der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte einen überparteilichen Konsens für ökonomische Bildung gefordert. In Baden-Württemberg

wurde das Schulfach Wirtschaft erst vor wenigen Jahren von einer rot-grünen Landesregierung eingeführt.

Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte hatte sich 2016 mit einer Unterschriftenkampagne für das Schulfach Wirtschaft in allen Bundesländern eingesetzt. Zu den Unterzeichnern der Resolution zählte auch die spätere Schulministerin Yvonne Gebauer. Ein aktuelles Positionspapier zur Einführung des Schulfachs Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen steht unter www.bdvb.de/schulfach-wirtschaft zum Download bereit.

Über den bdvb: Der 1901 in Berlin gegründete unabhängige Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. vertritt über die Teildisziplinen hinweg die Interessen aller Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland in Studium und Beruf. Als anerkannter und größter Wirtschaftsakademikerverband unterstützt er die interdisziplinäre Diskussion über ökonomische Themen und bietet ein Forum für den Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Der bdvb kooperiert mit in- und ausländischen Partnerverbänden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Kontakt:

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)
Florastr. 29, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-371022, E-Mail: info@bdvb.de